

## **Frieden, Umwelt, Klima - globale Gerechtigkeit nur gemeinsam**

Wenn derzeit das Thema "Russland" in unseren Medien vorkommt, dann fast nur noch im Zusammenhang mit einem angeblich drohenden, kurz bevorstehenden Krieg/Überfall mit/auf die Ukraine.

Dass Russlands Präsident Putin von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages einmal fraktionsübergreifend mit "anhaltendem Beifall – die Abgeordneten erheben sich" (lt. Protokoll) bedacht wurde, kann sich heute kaum noch jemand vorstellen. In jener Rede Putins am 25.09.2001 vor dem Deutschen Bundestag (nach Mauerfall und der Auflösung des Warschauer Paktes konnte mit diversen Verträgen zwischen den ehemals verfeindeten Blöcken eine beispielhafte Abrüstungsdynamik entfacht werden) wurde die seinerzeit geborene Idee eines "gemeinsamen Hauses Europa" und eines Systems der "kollektiven Sicherheit" beschworen. Statt Konfrontation und Drohungen sollten fortan Vertrauen und ein partnerschaftlicher Umgang für einen stabilen Frieden sorgen. Doch schon damals gab Putin dem Westen bzw. der NATO zu bedenken, dass "die bisher ausgebauten Koordinierungsorgane Russland keine realen Möglichkeiten geben, bei der Vorbereitung der Beschlussfassung mitzuwirken" und Russland nur "nachträglich gebeten werde", diese "zu bestätigen". Das aber sei keine "echte Partnerschaft".

Wie sehr (bzw. immer mehr) sich Russland an den weltpolitischen "Katzentisch" verbannt fühlte, machte Putin dann nochmal bei seiner Rede anlässlich der 43. Münchener Sicherheitskonferenz 2007 deutlich. "Die nach dem ‚Kalten Krieg‘ vorgeschlagene monopolare Welt kam nicht zu Stande - es ist die Welt eines einzigen Hausherrn". Die USA würden mit ihrem Versuch, "fast das gesamte Rechtssystem...sowohl in der Wirtschaft, der Politik und im humanitären Bereich...anderen Staaten überzustülpen" zum "Katalysator für das Wettrüsten".

Man dürfe aber die UNO (und ihre für die Welt maßgeblichen Entscheidungen) "nicht durch die NATO ersetzen". Das Vorrücken der NATO-Stoßkräfte immer dichter an Russlands Staatsgrenzen heran und der Aufbau eines Raketenabwehrsystems in Europa sei "ein provozierender Faktor, der das Niveau des gegenseitigen Vertrauens" senke. Putin erinnert an die Zusicherung des NATO-Generalsekretärs von 1990, keine "NATO-Streitkräfte hinter den Grenzen der BRD zu stationieren" und fragt, wo diese Garantien geblieben seien?

Heute wissen wir, dass diese Warnungen in den Wind geblasen wurden und die NATO ihre Politik unbeirrt fortgesetzt hat. Das Ergebnis ist ein neuer `Kalter Krieg`; die eigenen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen werden nicht mehr kollektiv sondern nur noch nationalistisch bzw. blockpolitisch definiert! Viele Abrüstungsverträge der späten 90er Jahre wurden gekündigt, Gesprächskanäle unterbrochen, die UNO an die Wand gedrückt. Massive Aufrüstung, völkerrechtswidrige Interventionen, Boykotte, Drohungen und Konfrontation steigern Misstrauen und Kriegsgefahr. Und das in einer Welt, welche die vordringlichen Menschheitsprobleme wie soziale Ungleichheit, gerechte Handelsbeziehungen, Hunger und Elend, Klima- und Umweltzerstörung, Pandemiebekämpfung und Aufbau einer globalen Gesundheitsversorgung sowie damit auch die Beseitigung der Fluchtursachen von Millionen Menschen nur noch gemeinsam bewältigen kann!

Natürlich müssen wir Putins seit Anfang der 2000er Jahre gewandelte Politik nicht gutheißen. Die Veränderung hat aber nicht erst mit den kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine 2014 begonnen, sondern - wie oben beschrieben - schon viel früher. Und die Geschichte hätte anders verlaufen können, wenn die NATO Putins Hinweise in den o.g. Reden ernst genommen und den Weg einer echten Partnerschaft weiter beschritten hätte. Dass es möglich ist, auch über ideologische Gräben hinweg zu gegenseitigen Abkommen, Entspannung der Beziehungen und damit zu einem stabileren Frieden zu gelangen, hat vor gut 50 Jahren schon einmal ein deutscher Politiker gegen z.T. hasserfüllten Widerstand von rechts ("Brandt an die Wand", Bündnis "Aktion Widerstand") klar gemacht.

Der erste sozialdemokratische Bundeskanzler Willy Brandt betonte damals, dass "der Krieg kein Mittel der Politik sein darf", weil die uns bedrängenden "Probleme globalen Ausmaßes" nur angegangen werden könnten, wenn Politiker nicht nur friedfertige Absichten bekunden, sondern

"sich vielmehr aktiv um die Organisation des Friedens bemühen!" Diese Erkenntnis wurde zur Grundlage seiner damaligen Entspannungs- und Ostpolitik.

Frieden, Sicherheit und Gerechtigkeit heute neu zu denken heißt, zur Idee einer gemeinsamen Sicherheit zurück zu finden und über Verhandlungen, Vertrauensaufbau und Verträgen zu Abrüstung und Entspannung zurück zu finden. Nicht zuletzt die mit Millionen Toten, nicht enden wollendem Bürgerkrieg, Hunger, Elend und Millionen Flüchtlingen gescheiterten Interventionen des Westens in Afghanistan, Irak und Libyen führen uns drastisch vor Augen, dass sich mit Militär, Aufrüstung und Krieg keine Konflikte lösen lassen. Die europäische Präsidentin der Internationalen Vereinigung der Ärzt\*innen zur Verhütung eines Atomkrieges (IPPNW) Angelika Claußen fasste diese Erkenntnis so zusammen: "Wir brauchen stattdessen eine zivile Sicherheits- und Friedenspolitik, die in kooperativen Beziehungen unserer Länder die wichtigen Schritte zu einer sozial-ökologischen Transformation umsetzt.

Entspannungspolitik heute, kooperative Sicherheitspolitik bedeuten drastische Abrüstungsschritte für (mehr) Klimagerechtigkeit." Es liegt jetzt an uns, das von der Politik einzufordern und umzusetzen.

(Text: Bernd Bremen)